ENZYKLOPÄDIE DEUTSCHER GESCHICHTE BAND 66

ENZYKLOPÄDIE
DEUTSCHER
GESCHICHTE
BAND 66

HERAUSGEGEBEN VON
LOTHAR GALL

IN VERBINDUNG MIT
PETER BLICKLE
ELISABETH FEHRENBACH
JOHANNES FRIED
KLAUS HILDEBRAND
KARL HEINRICH KAUFHOLD
HORST MÖLLER
OTTO GERHARD OEXLE
KLAUS TENFELDE

DIE INNENPOLITIK DER DDR

VON
GÜNTHER HEYDEMANN

R. OLDENBOURG VERLAG
MÜNCHEN 2003

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2003 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: http://www.oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht)
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-55770-X (brosch.)
ISBN 3-486-55772-6 (geb.)

Vorwort

Die „Enzyklopädie deutscher Geschichte“ soll für die Benutzer – Fachhistoriker, Studenten, Geschichtslehrer, Vertreter benachbarter Disziplinen und interessierte Laien – ein Arbeitsinstrument sein, mit dessen Hilfe sie sich rasch und zuverlässig über den gegenwärtigen Stand unserer Kenntnisse und der Forschung in den verschiedenen Bereichen der deutschen Geschichte informieren können.

Geschichte wird dabei in einem umfassenden Sinne verstanden: Der Geschichte in der Gesellschaft, der Wirtschaft, des Staates in seinen inneren und äußeren Verhältnissen wird ebenso ein großes Gewicht beigemessen wie der Geschichte der Religion und der Kirche, der Kultur, der Lebenswelten und der Mentalitäten.

Dieses umfassende Verständnis von Geschichte muss immer wieder Prozesse und Tendenzen einbeziehen, die säkularer Natur sind, nationale und einzelstaatliche Grenzen übergreifen. Ihm entspricht eine eher pragmatische Bestimmung des Begriffs „deutsche Geschichte“. Sie orientiert sich sehr bewusst an der jeweiligen zeitgenössischen Auffassung und Definition des Begriffs und sucht ihn von daher zugleich von programmatischen Rückprojektionen zu entlasten, die seine Verwendung in den letzten anderthalb Jahrhunderten immer wieder begleiteten. Was damit an Unschärfen und Problemen, vor allem hinsichtlich des diachronen Vergleichs, verbunden ist, steht in keinem Verhältnis zu den Schwierigkeiten, die sich bei dem Versuch einer zeitübergreifenden Festlegung ergäben, die stets nur mehr oder weniger willkürlicher Art sein könnte. Das heißt freilich nicht, dass der Begriff „deutsche Geschichte“ unreflektiert gebraucht werden kann. Eine der Aufgaben der einzelnen Bände ist es vielmehr, den Bereich der Darstellung auch geografisch jeweils genau zu bestimmen.

Das Gesamtwerk wird am Ende rund hundert Bände umfassen. Sie folgen alle einem gleichen Gliederungsschema und sind mit Blick auf die Konzeption der Reihe und die Bedürfnisse des Benutzers in ihrem Umfang jeweils streng begrenzt. Das zwingt vor allem im darstellenden Teil, der den heutigen Stand unserer Kenntnisse auf knappstem Raum zusammenfasst – ihm schließen sich die Darlegung und Erörterung der Forschungssituation und eine entsprechend gegliederte Auswahlbiblio-

grafie an –, zu starker Konzentration und zur Beschränkung auf die zentralen Vorgänge und Entwicklungen. Besonderes Gewicht ist daneben, unter Betonung des systematischen Zusammenhangs, auf die Abstimmung der einzelnen Bände untereinander, in sachlicher Hinsicht, aber auch im Hinblick auf die übergreifenden Fragestellungen, gelegt worden. Aus dem Gesamtwerk lassen sich so auch immer einzelne, den jeweiligen Benutzer besonders interessierende Serien zusammenstellen. Ungeachtet dessen aber bildet jeder Band eine in sich abgeschlossene Einheit – unter der persönlichen Verantwortung des Autors und in völliger Eigenständigkeit gegenüber den benachbarten und verwandten Bänden, auch was den Zeitpunkt des Erscheinens angeht.

Lothar Gall

Inhalt

Vorwort des Verfassers XI

I. Enzyklopädischer Überblick 1

1. Die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) 1945–1949 . . 1
   - 1.1 Die Etablierung der Besatzungsherrschaft: SMAD, KPD und der Block 1
   - 1.2 Boden- und Industriereform 1945/46. 4
   - 1.3 Die Vereinigung von KPD und SPD zur SED . . . 6
   - 1.4 Massenorganisationen, Bildungswesen und Justiz 7
   - 1.5 Die Wahlen von 1946 und die Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) 1947. 9
   - 1.6 Die Volkskongressbewegung und die Gründung von NDPD und DBD 11
   - 1.7 Die Umwandlung der SED in eine „Partei neuen Typs“ und die Gründung der DDR 13
2. Die DDR in den 1950er und 1960er Jahren 14
   - 2.1 Konsolidierung und Ausbau des Staatswesens 1950–1953 14
   - 2.2 Der „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“ und der 17. Juni 1953. 16
   - 2.3 Neuer Kurs, Entstalinisierung und neue Krise 1953–1961 19
   - 2.4 Die erzwungene Stabilisierung der DDR durch den Mauerbau vom 13. August 1961. 21
   - 2.5 Innere Konsolidierung und wirtschaftspolitische Modernisierungsversuche: Das Neue Ökonomische System (NÖS) 1963–1967 22
   - 2.6 Der VII. Parteitag der SED 1967, der Prager Frühling 1968 und das Ökonomische System des Sozialismus (ÖSS) bis 1970 25

3. Die Honecker-Ära und die „Wende“ von 1989/90 27
3.1 Der Machtwechsel von 1971 27
3.2 Die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte 1975 und die Ausbürgerung Biermanns 1976 30
3.3 Auswirkungen der ökonomischen Dauerkrise . . . 32
3.4 Die Entstehung oppositioneller Gruppen in den 1980er Jahren und der Weg in die „Wende“ 34
3.5 „Wende“ oder Revolution? 38
3.6 Der Transformationsprozess 42

II. Grundprobleme und Tendenzen der Forschung 47

1. Entwicklung der DDR-Forschung von den Anfängen bis zur „Wende“ 47
1.1 Voraussetzungen und Grundprobleme 47
1.2 Die Erforschung der Geschichte der SBZ/DDR durch die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft der DDR 49
1.3 Anfänge der DDR-Forschung in den 1950er Jahren 50
1.4 Die Entwicklung der DDR-Forschung in den 1960er und 1970er Jahren 51
1.5 Die Debatte über Leistungen und Fehlleistungen der DDR-Forschung seit 1989/90 55
2. Die wissenschaftliche und historiografische Diskussion seit 1989 56
2.1 1989/90: Die „Wende“ als Revolution 57
2.2 Phasen der Revolution 59
2.3 Innerdeutscher Transformationsprozess als Spezifikum innerhalb des ehemaligen Ostblocks. . 60
2.4 Zur historisch-strukturellen Bestimmung der SBZ/DDR. 61
2.5 Totalitarismusmodell und SED-Staat. 63
2.6 Der historische Diktaturenvergleich zwischen dem NS- und SED-Regime. 65
2.7 Die historiografisch-konzeptionelle Diskussion . . 67
3. Schwerpunktthemen der Forschung zur Geschichte der DDR-Innenpolitik 69
3.1 Das „nominelle“ Verfassungssystem in der SBZ/DDR. 69
3.2 KPD, SPD und SED 71

3.3 Die Blockparteien CDU, LDP, NDPD und DBD . . 76
3.4 Die Massenorganisationen FDGB, FDJ, DSF und KB 78
3.5 Recht und Justiz 80
3.6 Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) 83
3.7 Die Nationale Volksarmee (NVA) und die Grenztruppen 86
3.8 Die Entwicklung der Wirtschaft in der SBZ/DDR . 87
3.9 Gesellschafts- und Sozialgeschichte, Sozialpolitik, Alltag und Konsum 93
3.10 Bildungssystem, Jugendpolitik und Wissenschaft . 97
3.11 Die Kirchen in der SBZ/DDR 100
3.12 Opposition, Widerstand und Widerspruch 104
3.13 Kultur, Kulturpolitik, Medien und Sport 108

III. Quellen und Literatur 113

A. Quellen 113
1. Gedruckte Quellen 113
2. Selbstzeugnisse, Reden Erinnerungen 116
B. Literatur 117
1. Bibliografien, Hilfsmittel, Nachschlagewerke 117
2. Gesamt- und Überblicksdarstellungen, Sammelbände 118
3. Entwicklung der DDR-Forschung bis 1989 121
4. Wissenschaftliche und historiografische Diskussion seit 1989 123
5. Verfassung 125
6. Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und Sowjetische Kontrollkommission (SKK) 126
7. KPD, SPD und SED 126
8. Die Blockparteien CDU(D), LDP(D), NDPD und DBD 128
9. Die Massenorganisationen FDGB, FDJ, DSF und KB 129
10. Recht und Justiz 130
11. Ministerium für Staatssicherheit 132

12. Nationale Volksarmee (NVA) und Grenztruppen . . 133
13. Wirtschaft 135
14. Gesellschafts- und Sozialgeschichte, Sozialpolitik, Alltag und Konsum 138
15. Bildungssystem, Jugendpolitik und Wissenschaft . . 140
16. Kirche 142
17. Opposition und Widerstand 144
18. Kultur, Kulturpolitik, Medien und Sport 146

Register 149

Themen und Autoren 159

Vorwort des Verfassers

Geschichte ist vergangene Wirklichkeit. Dieser Satz scheint banal, doch ist er nicht minder wahr. Auch wenn der Zusammenbruch des SED-Staates im annus mirabilis 1989 inzwischen fast vierzehn Jahre her ist, sind dessen Aus- und Nachwirkungen bis heute zu spüren, bleibt nach der äußeren Vereinigung der ehemaligen beiden deutschen Staaten die innere Integration der Deutschen eine Aufgabe, die noch nicht abgeschlossen ist und es auch nicht sein kann. Mehr als vierzig Jahre der Teilung Deutschlands, der konkreten Lebenserfahrungen und der politischen Sozialisation durch ein diktatorisches Regime haben ihre Spuren hinterlassen. Folgt man den Umfragen, ist indes der Prozess der inneren Wiedervereinigung inzwischen weiter vorangeschritten, als es in einigen Medien kolportiert wird oder in manchen Aussagen zum Ausdruck kommt. Zudem kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden, dass es eine friedliche, demokratische und unblutige Revolution war, die erfolgreichste in der deutschen Geschichte überhaupt, welche die DDR zu Fall brachte, nachdem ihr die Sowjetunion den für ihre Existenz unverzichtbaren Schutz entzogen hatte. Entstehung, Entwicklung und Ende des von der KPD/SED mit sowjetischer Hilfe und Kontrolle errichteten „real-sozialistischen“ Herrschafts-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystems stehen im Mittelpunkt des vorliegenden Bandes. Während seiner mehr als vierzig Jahre währenden Existenz verfügte es niemals über eine demokratische Legitimation, erwies es sich der parlamentarischen Demokratie, dem Rechts- und Verfassungsstaat und einer sozialen Marktwirtschaft in allen Belangen unterlegen und brach schließlich mit atemberaubender Geschwindigkeit zusammen. Aller Voraussicht nach ist der denkwürdige „Herbst ’89“ der letzte und weitaus positivste Umbruch in jener Kontinuität von Brüchen gewesen, erinnert sei nur an 1870/71, 1918/19, 1933, 1945 und 1949, von der die neuere und jüngste deutsche Zeitgeschichte und nicht zuletzt die Deutschen selbst so nachhaltig geprägt worden sind.

Das Ende der SED-Diktatur hat aber auch in wissenschaftsgeschichtlicher Hinsicht zu einem Umbruch ohnegleichen geführt. Bis

1989 hatte DDR-Forschung nur selten auf Originalquellen zurückgreifen können. Mit der Öffnung der Archive in der DDR bzw. den neuen Bundesländern wurde erstmals der ungehinderte Zugriff auf authentische Quellen möglich und führte zu einer beispiellos intensiven Erforschung der SBZ/DDR; das galt und gilt nicht nur für die Zeitgeschichte, sondern auch für die Politik- und Sozialwissenschaften. Inzwischen sind ihre Geschichte und Strukturen in bestimmten Bereichen besser erforscht als die der früheren Bundesrepublik. Die schon Anfang 1990 einsetzende Flut von Publikationen ist bis heute nicht abgerissen. Gerade das sollte aber die Aufgabe ungemein erschweren, eine kritische Bilanz der inzwischen kaum mehr überschaubaren Forschung(en) auf möglichst allen relevanten Feldern sine ira et studio zu ziehen. Ihre Bewältigung war nur möglich durch ausschließliche Konzentration auf die vorgegebene Thematik der innenpolitischen Entwicklung der SBZ/DDR; die Außen- und Deutschlandpolitik des SED-Staates bleibt einem anderen Band vorbehalten. Ein umfangreiches Manuskript lag bereits im Frühjahr 2000 vor, musste aber aufgrund der notwendigerweise rigiden Bestimmungen der Reihe noch einmal stark gekürzt werden. Die relevante Forschungsliteratur ist bis Mitte 2002 berücksichtigt.

Bei der Erarbeitung dieses Buches ist mir die Hilfe von Kollegen und Mitarbeitern zuteil geworden. Mein besonderer Dank gilt dem Betreuer des Bandes, Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Möller, der für den mühevollen Entstehungsprozess immer Verständnis aufbrachte, nicht zuletzt auch für die damit verbundenen Verzögerungen. Seine stete Diskussionsbereitschaft und seine kritischen Hinweise waren für mich unverzichtbar. Ebenso danke ich dem Herausgeber der Gesamtreihe, Prof. Dr. Lothar Gall, für die intensive Lektüre des Manuskripts. Nicht minder habe ich Frau Dr. Heidi Roth, PD Dr. Thomas Schaarschmidt, Frau Dr. Weil und Dr. Oliver Werner herzlich zu danken, deren Kritik und Empfehlungen die Niederschrift kontinuierlich begleiteten. Das gilt auch für weitere Mitarbeiter in Leipzig; hier vor allem Frau Martina Gau, Andreas Kötzing, Diana Göldner M.A., Udo Grashoff M. A., Almut Heißler M.A. und Aiko Wulff. Besonders zu Dank verpflichtet fühle ich mich Frau Gabriele Jaroschka, der für mich zuständigen Lektorin im Oldenbourg Verlag; ihre umsichtige Lektüre und konstruktiven Ratschläge haben der Erstellung des Endmanuskripts außerordentlich genützt.

Nicht zuletzt, sondern vielmehr zuerst habe ich jedoch meiner Familie zu danken, die mir großes Verständnis für viele am Schreibtisch verbrachte Stunden erwies.

Leipzig, im März 2003 Günther Heydemann

I. Enzyklopädischer Überblick

1. Die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) 1945–1949

1.1 Die Etablierung der Besatzungsherrschaft: SMAD, KPD und der Block

Einmarsch der Roten Armee

Der Einmarsch der Sowjetarmee in Mitteldeutschland war für die Bevölkerung nicht selten von traumatischen Erlebnissen geprägt: Plünderungen, Übergriffe und Vergewaltigungen, die zum Teil bis 1947 anhielten, sollten fortan ein überwiegend negatives Bild der sowjetischen Besatzungsmacht bestimmen.

Soziale Lage in der SBZ nach Kriegsende

Die Rote Armee traf auf eine physisch wie psychisch ausgelaugte Bevölkerung, die zumeist bittere Not litt. Noch vor Kriegsende hatten enorme demografische Veränderungen in dieser „Zusammenbruchsgesellschaft" (C. Kleßmann) eingesetzt. Bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 20,5 Millionen Menschen hielten sich über 4,3 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene dauerhaft oder vorübergehend in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) auf. Ihr Anteil stieg bis zur Gründung der DDR bis auf 25% und lag damit deutlich höher als in den Besatzungszonen im Westen. Dazu kamen über 700 000 Menschen, die aufgrund der Luftangriffe bereits während des Krieges nach Mitteldeutschland evakuiert worden waren. Zwar belief sich der totale Verlust an Wohnraum in der SBZ nur auf die Hälfte der im Westen Deutschlands zu verzeichnenden Einbußen (7,0 zu 15,3%), aber aufgrund des überdurchschnittlich hohen Flüchtlingsaufkommens mangelte es auf Jahre hinaus an Wohnraum.

Sowjetische Nachkriegsplanung und Deutschlandpolitik

Zu konkreten Planungen, wie mit dem besiegten Deutschland nach Kriegsende umzugehen sei, war es in der Sowjetunion aufgrund der militärischen Lage erst ab Anfang 1944 gekommen. In diese waren die Mitglieder der Exil-KPD in Moskau von Anfang an einbezogen, auch wenn ihre Entscheidungskompetenz immer von der sowjetischen Führung abhängig blieb. Die sowjetischen Zielsetzungen für die Zeit nach dem „Sieg über den Faschismus" waren zunächst auf die Ausrottung des Nationalsozialismus und die völlige militärische Entwaffnung Deutschlands ausgerichtet. Zugleich war die UdSSR an umfangreichen

Reparationen interessiert, um den eigenen Wiederaufbau zu beschleunigen. Dabei verfolgte die sowjetische Führung unter Stalin – auch in Rücksichtnahme auf die übrigen Allianzpartner – eine flexible außen- und sicherheitspolitische Gesamtstrategie. Ihr Zugriff sollte sich in politischer wie in ökonomischer Hinsicht möglichst auf ganz Deutschland erstrecken. War dies nicht durchsetzbar, etwa aufgrund des Widerstands der Westmächte, dann sollten sowjetische Interessen soweit wie möglich im eigenen Besatzungsgebiet befriedigt werden.

Schlüsselrolle der Moskauer Exil-Kommunisten

Dementsprechend fiel den deutschen Kommunisten eine Schlüsselrolle zu. Ab Ende 1944, parallel zum Vorrücken der Roten Armee auf deutsches Territorium, wurde ein „Aktionsprogramm der kämpferischen Demokratie“ propagiert, basierend auf dem Konzept des Volksfrontgedankens. Damit avisierte man zunächst die Errichtung einer „antifaschistischen“ Demokratie, worunter eine „mittlere“ Form von bürgerlicher und sozialistischer Demokratie verstanden wurde, jedoch mit der Option, diese zu gegebener Zeit in eine sozialistische Herrschafts- und Gesellschaftsordnung zu überführen.

In den letzten Kriegstagen (27. 4.–6. 5. 1945) wurde ein ausgewählter Kader deutscher Exilkommunisten aus Moskau nach Mitteldeutschland eingeflogen und rückte mit den sowjetischen Truppen in die vorgesehenen Einsatzgebiete vor. Während Walter Ulbricht Leiter der Berliner Gruppe wurde, standen Anton Ackermann und Gustav Sobottka jeweils einer Gruppe in Sachsen bzw. Mecklenburg-Vorpommern vor. Ihre vordringlichste Aufgabe war, die Rote Armee bei der Errichtung und Durchführung ihrer Besatzungsherrschaft nachhaltig zu unterstützen. Mit der Wiederingangsetzung öffentlicher Verwaltung besetzten sie Schlüsselstellungen, die ihnen auch zu einem politischen Startvorteil verhalfen.

Errichtung der Sowjetischen Militäradministration

Die Etablierung der sowjetischen Besatzungsherrschaft war anfänglich von Improvisation geprägt. Zunächst wurden regionale und lokale Kommandaturen eingerichtet. Erst mit der Errichtung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) durch Befehl Nr. 1 am 9. Juni 1945 wurde der Aufbau einer umfassenden Organisationsstruktur in Gang gesetzt. Ihre Aufgaben bestanden in der Überwachung der bedingungslosen Kapitulation, der Einrichtung einer flächendeckenden Verwaltung sowie der Durchführung der Beschlüsse des Alliierten Kontrollrats. Zugleich übernahm die Sowjetunion die oberste Regierungsgewalt in der SBZ.

Den SMA-Verwaltungen in den fünf Ländern und Provinzen der SBZ wurden am 9. Juli die in Militäradministrationen umgewandelten Truppenkommandos auf Bezirks-, Kreis- und Ortsebene unterstellt.

Auch wenn sich der Ausbau der SMAD in ein komplexes Behördensystem bis ins Jahr 1946 hinzog – mit ihrer „Doppelfunktion als militärische wie zivile Einrichtung“ (J. Foitzik) nahm sie von Anfang an eine nahezu uneingeschränkte Machtposition in der SBZ ein. An ihrer Spitze stand ein Oberster Befehlshaber, der auch den Oberbefehl über die Besatzungssoldaten innehatte. Besonderes Gewicht innerhalb der SMAD besaßen der Erste Stellvertreter in seiner Funktion als Chef der Geheimdienste, die Behörde des Politischen Beraters und die im Oktober 1945 gegründete Propagandaverwaltung.

Um die enormen Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit bewältigen zu können, suchten SMAD und KPD im Sinne des Volksfrontgedankens vom Nationalsozialismus unbelastete Deutsche christlicher, liberaler und sozialdemokratischer Provenienz am Neuaufbau zu beteiligen. Die Mitbeteiligung dieser Kräfte geschah indes nicht ohne System: Die wichtigsten Ressorts, insbesondere für Inneres, Bildung, Sicherheits- und Personalfragen, behielten sich die kommunistischen Kader meist selbst vor; exponierte Posten wurden hingegen vorzugsweise mit „Bürgerlichen“ besetzt. In den im Juli eingerichteten Zentral-, Landes- und Provinzialverwaltungen wurde personalpolitisch in ähnlicher Weise verfahren. Wolfgang Leonhard, welcher der Berliner Gruppe angehörte, kolportierte die dahinter stehende Taktik nach Aussage von Walter Ulbricht folgendermaßen: „Es ist doch ganz klar: Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ (W. Leonhard)

Frühzeitige Zulassung von politischen Parteien

Die überraschend frühe Zulassung von politischen Parteien durch Befehl Nr. 2 der SMAD vom 10. Juni 1945 sollte nicht nur der KPD einen beträchtlichen Vorsprung verschaffen, sie sollte durch die frühzeitige Gewährung politischen Lebens in der SBZ auch für die übrigen Besatzungszonen Modellcharakter besitzen. In der Tat war der Neuaufbau der KPD längst im Gange. Bereits einen Tag später wartete sie mit dem ersten Gründungsaufruf einer Partei überhaupt auf, der als eindeutiges Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie gelesen werden musste. Dezidiert wurde die Einführung des Sowjetsystems abgelehnt, weil „dieser Weg nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland“ entspräche, dagegen eine „völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative“ proklamiert.

SPD

Der am 15. Juni folgende Gründungsaufruf der SPD fiel in seinen programmatischen Äußerungen demgegenüber wesentlich sozialistischer aus. Unter dem Motto: „Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Staat und Gesellschaft“, sprach man sich u. a. für die Ent-

eignung des Großgrundbesitzes und die Verstaatlichung von Banken, Versicherungen und Schlüsselindustrien aus.

CDU

Laut Aufruf der Christlich-Demokratischen Union vom 26. Juni zu einer überkonfessionellen Neugründung sollte eine wahrhafte Demokratie erstehen und echte Rechtsstaatlichkeit wiederhergestellt werden. Dafür wollte sie alle demokratisch gesinnten, antifaschistischen Kräfte sammeln. Privateigentum wurde zwar ausdrücklich befürwortet, sollte aber an die Verantwortung für die Allgemeinheit gebunden bleiben.

LPD

Die Liberal-Demokratischen Partei (LDP) wurde am 5. Juli gegründet und trat für die rechtliche Sicherung von Privateigentum und eine freie Wirtschaftsordnung ein. Ebenso wie die CDU plädierte sie für die uneingeschränkte Wiederherstellung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Dass es nach Bildung eines gemeinsamen Arbeitsausschusses zwischen KPD und SPD bereits am 14. Juli gelang, alle Parteien in die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien (Antifa-Block) einzubinden, stellte aus Sicht der kommunistischen Führungskader einen entscheidenden Durchbruch dar; sie übte dadurch einen „kontrollierten Parteienpluralismus“ (Peter Graf Kielmansegg) aus. Bei wechselndem Vorsitz aller Parteien und bei einstimmig zu fassenden Beschlüssen sollte durch den Block die katastrophale Nachkriegssituation gemeinsam bewältigt werden. Das mochte durchaus gerechtfertigt erscheinen, beraubte die Parteien aber ihrer wesentlichen Funktion in einer Demokratie, nämlich der des politischen Meinungsstreits.

Antifa-Block

1.2 Boden- und Industriereform 1945/46

Die möglichst rasche Wiederingangsetzung der Wirtschaft besaß für die Besatzungsmacht oberste Priorität. Zu unmittelbar kriegsbedingten kamen längerfristige Strukturprobleme. Aufgrund der Kriegszerstörungen bildete ein sofortiger Wiederbeginn der Produktion eher die Ausnahme. Zudem war trotz Erhöhung der Einwohnerzahl vor allem durch Flüchtlinge und Vertriebene die Zahl arbeitsfähiger Menschen kaum gestiegen.

Anfang September (3.–10.9.) erließen die neu gebildeten Landes- und Provinzialverwaltungen gemäß sowjetischem Befehl Verordnungen zu einer umfassenden Bodenreform. Dabei handelte es sich keineswegs nur um eine von der SMAD und der KPD vorgenommene, einseitige Maßnahme; tatsächlich wurde eine solche Reform auch von den übrigen Parteien weitgehend unterstützt. Gleichwohl entzündete sich

hieran ein erster, tief greifender Konflikt, an dem deutlich wurde, wie kompromisslos die Besatzungsmacht eingriff, wenn „Blockdisziplin“ nicht gewahrt wurde. Als sich die Vorsitzenden der CDU, Andreas Hermes und Walter Schreiber, zwar nicht gegen die Bodenreform als solche, aber gegen ihre gänzlich entschädigungslose Durchführung wandten, wurden sie von der SMAD im Dezember 1945 abgesetzt.

Enteignung von Großgrundbesitz

Nach dem Motto „Junkerland in Bauernhand!“ wurde jeglicher Großgrundbesitz über 100 ha Gesamtfläche enteignet, parallel zur Konfiszierung von Eigentum von „NS- und Kriegsverbrechern“. Bewusst wurde damit ein politisch diskriminierender Analogieschluss suggeriert. Bei der Vertreibung der Besitzer kam es teilweise zu Misshandlungen, Verschleppung und Totschlag. Bis Juli 1947 wurden 12 355 Betriebe mit ca. 3,3 Millionen Hektar enteignet; das konfiszierte Land wurde in einen Bodenfonds überführt und an Kleinbauern, Industrie- und Landarbeiter sowie Flüchtlinge („Umsiedler“) übergeben, die als sog. Neubauern bezeichnet wurden. Mit dieser Maßnahme gelang es der KPD, bei Bevölkerungsgruppen an politischem Einfluss zu gewinnen, die traditionell nicht zu ihrer eigentlichen Klientel gehörten.

Transformierung der Industrie

Die auch in ordnungspolitischer Hinsicht grundlegende Transformierung der Industrie wurde mit den Befehlen Nr. 124 und 126 der SMAD vom 30./31. Oktober 1945 eingeleitet und überführte die bis zu diesem Zeitpunkt unkoordiniert vorgenommenen Sequestrierungen nun in systematische Enteignungen. Sequesterkommissionen der SMAD nahmen die Enteignung von Eigentum des vormaligen NS-Staates, der NSDAP sowie ihrer Gliederungen vor, überprüften aber auch Einsprüche Betroffener. Zugleich wurden industrielle Schlüsselbetriebe als Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) in Eigentum der UdSSR überführt. Bald betrug ihr Anteil an der Gesamtproduktion in der SBZ rd. 20%, ein Potenzial, das beim Wiederaufbau einer funktionsfähigen Industrie fehlte.

Volksentscheid zu den Enteignungen in Sachsen

Die meisten Enteignungen wurden seit der Jahreswende 1945/46 vollzogen. Bereits zuvor hatte die KPD in Sachsen einen entsprechenden Volksentscheid propagiert, der schließlich am 30. Juni 1946 durchgeführt wurde und mit einem eindeutigen Resultat endete: 77,6% der Wahlberechtigten sprachen sich für die entschädigungslose Enteignung gewerblicher Betriebe von „aktiven Nationalsozialisten und Kriegsverbrechern“ aus. In den übrigen Ländern und Provinzen der SBZ wurde unter Berufung auf den sächsischen Volksentscheid auf ein Referendum verzichtet.

1.3 Die Vereinigung von KPD und SPD zur SED

KPD Die Nähe zur sowjetischen Besatzungsmacht sicherte der KPD zwar einen permanenten Informationsvorsprung und damit zugleich die politische Initiative, diskreditierte sie aber bei der Masse der Bevölkerung, die in ihr deren Handlanger, die „Russenpartei“ sah. Übergriffe von Rotarmisten, die weiter anhaltenden Demontagen, das ungewisse Schicksal von Angehörigen, Kriegsgefangenen und Flüchtlingen in sowjetischer Hand sowie die ablehnende Haltung der UdSSR gegenüber der von vielen Vertriebenen noch immer für offen gehaltenen Frage der Oder-Neiße-Grenze trugen nicht dazu bei, Vertrauen bei der Mehrheit der Bevölkerung zu wecken.

SPD In dieser Situation gewann vor allem die SPD zunehmend an Mitgliedern. Bereits im Herbst 1945 übertraf sie mit ca. 300 000 Mitgliedern die KPD um etwa 50 000 und stieg damit wieder zur traditionell dominierenden politischen Kraft in Mitteldeutschland auf. Das Vertrauen auf die wachsende, eigene Stärke sowie erste, negative Erfahrungen mit der KPD ließen die Führung der SPD in der SBZ vom ursprünglichen Plan einer sofortigen Vereinigung abrücken. Demgegenüber beschleunigten die Kommunisten ihr Bemühungen um eine schnelle Fusion, zumal die SMAD Sorge trug, die KPD könne bei den 1946 anstehenden Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen verlieren.

In den folgenden Monaten gerieten die Sozialdemokraten immer mehr unter Druck. Mitglieder, die der propagierten Vereinigung skeptisch oder ablehnend gegenüberstanden, wurden von sowjetischen Kommandaturen entsprechend „bearbeitet“. Gleichzeitig kam es zwischen der sozialdemokratischen Führung in den westlichen Besatzungszonen unter Kurt Schumacher und der SPD in der SBZ unter Otto Grotewohl zu einem tief greifenden Dissens: Schumacher lehnte jede Vereinigung mit der KPD ab. Damit musste die Ost-SPD aufgrund der bestehenden politischen Verhältnisse in der SBZ ihren eigenen Weg gehen, obwohl Grotewohl gegenüber der KPD-Führung wiederholt erklärt hatte, eine Fusion beider Parteien sei nur auf „Reichsebene“ politisch sinnvoll. Auf einer paritätisch besetzten Ausschuss-Konferenz, der sog. Sechziger-Konferenz (20./21. 12. 1945) in Berlin, wurde nicht zuletzt auf Druck anwesender SMAD-Offiziere in einem gemeinsamen Kommuniqué der baldige Zusammenschluss propagiert. Danach verschärfte die KPD ihre Kampagne und die sowjetische Besatzungsmacht ihre Pressionen auf sozialdemokratische Einheitsgegner. Die Sozialdemokratie in der SBZ blieb in der Vereinigungsfrage gespalten, doch ihr Widerstand schwand schließlich. Ende Februar legte der „Sechziger-